

## **V-13 Für eine risikobewusste Kooperation mit China in Berlin!**

Gremium: LAG Frieden und Internationales  
Beschlussdatum: 27.03.2024  
Tagesordnungspunkt: weitere Anträge, die nicht auf dieser LDK  
behandelt werden

1 Die Volksrepublik China ist Deutschlands wichtigster Handelspartner und ein  
2 Wettbewerber.  
3 Die Zusammenarbeit mit China ist essentiell für die globalen Bemühungen zur  
4 Bekämpfung der  
5 Klimakrise. Darüber hinaus existieren zahlreiche Kooperationen zwischen deutschen  
6 und  
7 chinesischen Universitäten sowie Kultureinrichtungen. Für Berlin ist China der  
8 zweitgrößte  
Handelspartner. Das Land Berlin ist seit April 2018 mit einer  
Wirtschaftsvertretung, dem  
"Business Liaison Desk China" in Peking vertreten und seit 1994 unterhält die  
Stadt Berlin  
eine Städtepartnerschaft mit der Stadt Peking. 2024 steht im Zeichen des  
30-jährigen  
Jubiläums dieser Partnerschaft.

9 Gleichzeitig ist China für Deutschland auch systemischer Rivale. In den letzten  
10 30 Jahren  
11 seit Abschluss der Berliner Partnerschaft mit Beijing wurde die chinesische  
12 Innenpolitik  
13 immer autoritärer und Chinas Außenpolitik zunehmend aggressiver. Die  
14 Volksrepublik richtet  
15 ihre Kooperationsbeziehungen so aus, dass sie selbst in strategisch wichtigen  
16 Bereichen  
immer unabhängiger wird, während ihre Partner immer abhängiger von ihr werden.  
Erzwungener  
Technologietransfer dient, unter anderem, der Marktverdrängung von  
wirtschaftlichen  
Wettbewerbern. Auch lokale Kooperationskanäle in Wirtschaft, Forschung und Kultur  
werden von  
der chinesischen Regierung explizit dazu genutzt, um ihre politische Agenda  
durchzusetzen.

17 Lange haben Naivität und die bewusste Priorisierung von intensiven  
18 Handelsbeziehungen die  
19 deutsche Chinapolitik dominiert. Eine offizielle Kurskorrektur erfolgte auf  
20 Bundesebene  
21 erstmalig 2023 mit der China-Strategie der Bundesregierung sowie der neuen  
22 Industriestrategie des BMWK. Auch auf Landes- und Bezirksebene muss ein  
23 risikobewusster,  
24 strategischer Umgang mit chinesischen Partnern Einzug halten, um wirtschaftliche  
und  
politische Abhängigkeiten zu reduzieren und politische Aktivist\*innen in Berlin  
zu schützen.  
Sogenannte subnationale Verflechtungen auf landes- und bezirkspolitischer Ebene  
sind bisher  
ein politischer blinder Fleck. Dem möchten wir entgegenwirken.

## 25 **FÜR MENSCHENRECHTE UND DEMOKRATIE EINSTEHEN**

26 Ein weltoffenes, demokratisches Berlin muss bei seiner Kooperation mit China für  
27 Menschenrechte einstehen. Der Regierende Bürgermeister und der Berliner Senat  
28 dürfen die  
29 Menschenrechtsverbrechen der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) nicht  
30 ignorieren. In  
31 Berlin kommt es immer wieder zu Fällen von Einschüchterung und Bedrohung von  
32 Regimekritiker\*innen. Der Schutz von Menschenrechtsverteidiger\*innen und  
Unterstützer\*innen  
der chinesischen Demokratiebewegung muss Priorität haben. Deswegen sollte Berlin  
bei der  
Bekämpfung von transnationaler Repression bundesweit eine Vorreiterrolle  
einnehmen.

- 33 • Der Berliner Senat sollte in seiner Kommunikation zur Städtepartnerschaft  
34 mit Peking  
35 stets auf die Menschenrechtslage in China hinweisen. Dies tut z.B. Köln –  
ebenfalls  
Partnerstadt von Peking – auf seiner Website.
  
- 36 • Der Regierende Bürgermeister sollte sich regelmäßig (mind. einmal pro Jahr)  
37 und  
38 öffentlichkeitswirksam mit NGOs, die sich mit Menschenrechtsfragen zu China  
39 beschäftigen, treffen, um sich über die Menschenrechtslage in Peking/China  
zu  
informieren (siehe Köln).

- 40 • Bei Reisen der Senatsspitze nach China sollten China-Expert\*innen und  
41 Menschenrechts-  
NGOs vorab informiert und konsultiert werden (siehe Köln).
- 42 • Der Berliner Senat sollte die Staatsschutz-Stelle des LKA oder das Berliner  
43 Landesamt  
44 für Verfassungsschutz finanziell ausstatten, um Fälle transnationaler  
Repression  
besser zu erfassen und zu bekämpfen.

45 Außerdem sollte sich Berlin solidarisch an die Seite derjenigen Länder, Städte  
46 und Regionen  
47 stellen, die von China außenpolitisch bedroht und deren demokratische Systeme von  
48 China  
49 destabilisiert werden. Dies betrifft neben den chinesischen Drohgebärden im  
50 südchinesischen  
51 Meer auch wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen gegen Staaten wie Litauen und  
52 Australien und den  
Widerstand Chinas gegen eine Städtepartnerschaft zwischen Prag und Taipei.  
Insbesondere gilt  
dies aber für die Destabilisierung des demokratischen Taiwan. Das Land Berlin  
muss deutlich  
machen, dass eine Änderung des Status Quo in der Taiwan-Straße nicht gegen den  
Willen der  
Menschen in Taiwan erfolgen darf.

- 53 • Der Berliner Senat und das Abgeordnetenhaus sollten den Austausch zu  
54 anderen Städten  
55 und Regionen suchen, in Deutschland und weltweit, die sich chinesischen  
Drohungen und  
Zwangsmaßnahmen ausgesetzt sehen, und sich solidarisch positionieren.
- 56 • Der Berliner Senat, das AGH und die Bezirke sollten im Rahmen der deutschen  
57 Ein-China-  
58 Politik einen engen Austausch mit Städten, Gemeinden und Landkreisen in  
59 Taiwan sowie  
der taiwanesischen Zivilgesellschaft und Wirtschaft anstreben. Dies  
beinhaltet den  
Abschluss neuer Partnerschaften mit Counterparts in Taiwan

60 **WIRTSCHAFTLICHE RISIKEN MINIMIEREN**

61 Die engen wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen Deutschland und Berlin  
62 einerseits sowie  
63 China andererseits haben in manchen Bereichen zu einseitigen Abhängigkeiten  
64 geführt, die  
65 nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische und gesellschaftliche Risiken  
66 bergen. Das  
67 wird insbesondere im Automobilsektor oder auch bei Komponenten für die  
68 Energiewende wie etwa  
69 Batterien, Solarmodulen, Mikrochips und Seltenen Erden deutlich. In einigen  
70 Fällen besteht  
71 die Gefahr von Technologietransfers, die auch für militärische Zwecke genutzt  
72 werden können.  
73 Um unsere wirtschaftliche Sicherheit und Resilienz zu stärken, bedarf es deshalb  
74 einer  
75 klaren Strategie zur Risikominimierung, die nicht allein den Unternehmen  
überlassen werden  
darf. Nicht jede Investition in oder Handel mit China ist systemkritisch oder  
erhöht unsere  
wirtschaftliche und politische Abhängigkeit. Durchaus sinnvoll ist es jedoch,  
strategische  
Bereiche gemeinsam zu identifizieren, die zu einseitigen Abhängigkeiten oder zu  
einem  
handfesten Sicherheitsrisiko für Deutschland werden können, insbesondere im  
Bereich der  
kritischen Infrastruktur, der Gesundheit oder bei Dual-Use-Gütern. Solche  
strategischen  
Abhängigkeiten müssen systematisch abgebaut werden, auch durch eine gezielte  
Diversifizierung der Berliner Außenhandelsbeziehungen.

- 76 • Ein Sachverständigenrat, der sich aus Expert\*innen, Vertreter\*innen von  
77 Ministerien  
78 und Parlament, der Zivilgesellschaft und Sicherheitsbehörden zusammensetzt,  
79 könnte ein  
80 erster Schritt sein, um das Thema breit zu verankern und zu diskutieren und  
gemeinsam  
statt gegeneinander einen einheitlichen Umgang zur weiteren  
wirtschaftlichen  
Zusammenarbeit mit China zu etablieren.
- 81 • Eine Strategie zur Minimierung des Risikos einseitiger Abhängigkeiten von  
82 China muss  
83 auch alternative Märkte und Anreize für Unternehmen anbieten. Daher sollte  
84 Berlin  
85 mittelfristig seine Aktivitäten im Rahmen des "Berlin Business Desk China"  
86 zurückfahren und die Kategorisierung von China als eines von zehn

87 Zielländern für die  
88 Berliner Akteure der Internationalen Wirtschaftskooperation auf den  
89 Prüfstand stellen.  
90 Stattdessen sollten das Land Berlin und die Berliner Bezirke Unternehmen  
gezielt dabei  
unterstützen, ihre Außenhandelsbeziehungen zu diversifizieren. Dafür  
sollten relevante  
Länder u.a. im Indopazifik-Raum als neue Zielländer der Berliner  
Wirtschaftskooperation definiert werden und neue Business Desks in  
relevanten Märkten  
aufgebaut werden.

- 91 • Um die eigene wirtschaftliche Stärke und Resilienz zu fördern, sind ein  
92 attraktives  
93 Investitionsklima sowie Innovation und positive Forschungsbedingungen  
94 entscheidend.  
Hier sollte Berlin zeigen, dass es in der Lage ist, wichtige Industrien vor  
Ort zu  
halten und zu fördern.
- 95 • Das Land Berlin sollte seine öffentliche Beschaffung so ausrichten, dass  
96 die genannten  
97 strategischen Überlegungen, soziale und ökologische Fragen sowie  
98 menschenrechtliche  
Bedenken berücksichtigt werde. Dies betrifft explizit auch alle  
Beschaffungen die im  
Zusammenhang mit der Digitalisierung der Verwaltung stehen.

## 99 **FORSCHUNG & AUSBILDUNG UNABHÄNGIG MACHEN**

100 China-Expertise wird von der Politik bis hin zu Wirtschaft und Wissenschaft oft  
101 beschworen,  
102 muss jedoch auch gefördert und strategisch aufgebaut werden. Wir brauchen dazu  
103 vor allem  
104 junge Menschen, die Chinesisch lernen, Aufenthalte in China absolvieren, das Land  
105 und die  
106 Kultur kennenlernen. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur kulturellen Verständigung  
107 und  
108 Annäherung. Gleichzeitig ist unabhängige China-Expertise unabdingbar, um aktuelle  
Entwicklungen in China zu analysieren und einzuordnen, problematische Trends zu  
identifizieren und die Politik zu beraten. Die risikobehaftete Beziehung zur  
Volksrepublik

muss so gesteuert werden, dass illegitime Aktivitäten der KPCh erkannt und angegangen werden.

- 109 • Zu diesem Zweck sind unabhängige China-Forschung, Sprach- und  
110 Austauschprogramme  
111 erforderlich. Sprachkurse und Austauschprogramme müssen unabhängig von  
chinesischen  
Trägern absolviert werden können, um die politische Unabhängigkeit zu  
gewährleisten.

112 Darüber hinaus unterhalten Berliner Universitäten und Hochschulen  
113 Kooperationsprojekte mit  
114 Institutionen in China. Diese können dem Gewinn neuer wissenschaftlicher  
115 Erkenntnisse dienen  
116 und im beidseitigen Interesse sein. Allerdings nutzt die chinesische Regierung  
117 solche  
118 Forschungsk Kooperationen auch für Wissenstransfers zu Chinas Gunsten und für  
technologische  
Fortschritte in kritischen - auch militärischen - Bereichen. Kooperationen von  
Berliner  
Wissenschaftseinrichtungen mit Institutionen in China dürfen nicht zu  
Technologietransfers  
in kritischen Bereichen führen.

- 119 • Forschungseinrichtungen sollten das finanzielle Ausmaß, das von  
120 chinesischer Seite  
121 über Kooperationen getragen wird, transparent machen und ins Verhältnis zur  
Gesamtfinanzierung sowie anderweitiger Drittmittelfinanzierung zu stellen.

- 122 • Der Berliner Senat sollte Universitäten bei Kooperationen mit autoritären  
123 Regimen wie  
124 China zu maximaler Transparenz verpflichten. Sämtliche Kooperationen -  
finanzieller  
und nicht finanzieller Natur - sollten zentral erfasst werden.

- 125 • Der Berliner Senat sollte Berliner Wissenschaftseinrichtungen verpflichten,  
126 zentrale  
127 Stellen einzurichten, welche potentielle Kooperationen mit autoritären  
128 Regimen wie  
China vor deren Beginn überprüfen - insbesondere in Hinblick auf kritische  
Technologien.

- 129 • Der Berliner Senat sollte außerdem auf Berliner Universitäten  
130 sensibilisieren, ihre  
131 bestehenden Kooperationen mit problematischen parteistaatlichen oder  
staatsnahen  
Organisationen Chinas zu beenden.
- 132 • Dazu gehört insbesondere die Rolle des Konfuzius-Instituts an der Freien  
133 Universität  
134 Berlin. Konfuzius-Institute sind Teil der Einheitsfront-Strategie der  
135 Kommunistischen  
136 Partei. In der Vergangenheit sind an deutschen Konfuzius-Instituten Fälle  
137 von  
Selbstzensur aufgetreten, kritische Veranstaltungen finden quasi nicht  
statt. Berliner  
Universitäten sollten einer solchen Institution keine Legitimität durch  
Kooperation  
verleihen, Konfuzius-Institute sollten universitätsunabhängig organisiert  
werden.
- 138 • Berliner Universitäten sollten mittelfristig vom China Scholarship Council  
139 (CSC)  
140 finanzierte Doktorand\*innen nicht weiter beschäftigen. Der Berliner Senat  
141 sollte  
142 gemeinsam mit den Forschungseinrichtungen Strategien zur alternativen  
143 Finanzierung  
144 des potentiellen Doktorand\*innenpools erarbeiten. Die Rückkehrpflicht der  
145 CSC-  
146 Stipendiat\*innen nach China ist aufgrund des Technologietransferrisikos  
147 (u.a)  
148 problematisch. Sie sind vertraglich dazu verpflichtet, der chinesischen  
149 Botschaft über  
ihre Aktivitäten zu berichten. Dies führt zu einem hohen Risiko  
hinsichtlich des  
Abflusses von Wissen zu kritischen Technologien sowie Spionage-Aktivitäten  
für  
chinesische Sicherheitsbehörden. Gleichzeitig geraten Universitäten durch  
die hohe  
Anzahl an chinesischen Stipendiat\*innen in problematische  
Abhängigkeitsverhältnisse  
(aktuell studieren allein an der FU Berlin mehr als 500 durch den CSC  
finanzierte  
Doktorand\*innen; dies ist bei der FU vertraglich mit dem CSC verankert).

150 **SENSIBILISIEREN & EXPERTISE ZUGÄNGLICH MACHEN**

151 Kooperationsgeflechte mit China finden sich breitgefächert in Forschung,  
152 Wirtschaft und  
153 Kultur. An den entsprechenden Stellschrauben bedarf es der weiteren  
Sensibilisierung von  
Bezirks- sowie Senatsmitarbeiter\*innen im Umgang mit ihren chinesischen Partnern.

154 • Mitarbeiter\*innen in den Bezirken, im Senat und in Berliner  
155 Forschungseinrichtungen  
156 sollten hinsichtlich der Zusammenarbeit mit chinesischen Pendants  
157 sensibilisiert und  
158 geschult werden. Ein sinnvoller Anknüpfungspunkt ist hier die Ausbildung  
159 vor dem  
Antritt des Arbeitsverhältnisses, unter anderem in den Beamtenhochschulen.  
Wir  
empfehlen eine solche Sensibilisierung grundsätzlich für den Umgang mit  
autoritären  
Staaten.

160 • Hierfür ist es wichtig, Best Practices zu sammeln und in entsprechenden  
161 Lehrformaten  
162 zu vermitteln. Hier bietet sich die Einrichtung eines "China-Desk" als  
163 eigenständige  
164 Einheit aufgehängt im Senat, aber unabhängig von den einzelnen  
165 Senatsverwaltungen an,  
166 wo potentielle Fälle der Einflussnahme oder anderweitiger illegitimer  
Aktivitäten wie  
Spionageversuche, Propaganda und repressives Verhalten sowie  
Einschränkungen bei der  
unabhängigen Veröffentlichung in wissenschaftlichen Publikationen gemeldet  
werden  
können.

167 • Ein solches China-Desk könnte ebenfalls als Expertisehub für die  
168 Verwaltungsmitarbeiter\*innen dienen, wo China-Expertise von Sinolog\*innen,  
169 Politikwissenschaftler\*innen, Jurist\*innen und  
170 Wirtschaftswissenschaftler\*innen  
171 gebündelt wird. Es sollte für alle Senatsverwaltungen eine  
172 Konsultationsempfehlung mit  
173 dem China-Desk ausgesprochen werden. Über eine solche  
174 Konsultationsempfehlung hinaus  
175 sollte das China-Desk anhand einer "Open-Door-Policy" arbeiten - bei

Zweifeln sollten

Mitarbeiter\*innen aus den Bezirken sowie den Senatsverwaltungen explizit angehalten

werden, jederzeit an die Expert\*innen des Desks heranzutreten. Jene Dienste sollen

explizit auch für Vereine und Firmen in Berlin geöffnet werden.

- 176 • Eine solche dezidierte Stelle sollte Anfragen von chinesischer Seite  
177 bündeln,  
178 koordinieren und gemeinsam beantworten. Ein Beispiel hierfür ist die  
179 Hansestadt  
Hamburg, wo jede chinesische Anfrage von einer Behörde gesammelt und  
koordiniert wird,  
um so sicherzustellen, dass der Hamburger Senat eine einheitliche Antwort  
gibt.

## 180 **VERNETZUNG ZWISCHEN LÄNDERN UND KOMMUNEN FÖRDERN**

181 Die 2023 entwickelte China-Strategie der Bundesregierung war ein großer und  
182 wichtiger

183 Schritt auf bundespolitischer Ebene. Ein entscheidender Teil der Umsetzung dieser  
184 Strategie

185 hat jedoch auf Landes-, Bezirks- sowie Kommunalebene zu erfolgen. Hier lässt sich  
186 leider

187 beobachten, dass ein Mangel an Koordination unter Ländern und Kommunen zu einer  
188 risikoerhöhenden Konkurrenzsituationen um chinesische Investitionen und

189 Kooperationsmöglichkeiten führt. Die chinesischen Behörden nutzen dies ganz  
190 bewusst, indem

191 Anfragen und Ansuchen an mehrere Landes- und Kommunalbehörden geschickt werden  
192 und somit

193 künstlich die Konkurrenzsituation noch angeheizt wird. Dadurch wird gleichzeitig  
194 auch das

Ausmaß subversiver Aktivitäten oftmals nicht deutlich, da sich Länder, Kommunen,  
aber auch

entsprechende Sicherheitsbehörden auf Bundes- und Landesebene nicht ausreichend  
über ihre

Erfahrungen austauschen. Aus solchen Erfahrungen lassen sich jedoch Strategien  
entwickeln.

Gerade für kleinere Kommunen, wo es schwieriger ist, dezidierte China-Kompetenz  
in den

eigenen Strukturen zu verankern, ist ein Austausch mit größeren und  
ressourcenstärkeren

Kommunen entscheidend.

- 195
- 196
- 197
- 198
- Wie oben erwähnt, sollte ein neu eingerichtetes China-Desk entsprechende Anfragen aus Bezirken und Senat bündeln. Bis dahin sollten grün-geführte Bezirke mit gutem Beispiel vorangehen und gezielt Erfahrungen austauschen. Hierfür könnten Arbeitsgruppen gebildet werden.
- 199
- 200
- 201
- 202
- 203
- 204
- 205
- 206
- Berlin sollte als Vorreiter den Austausch unter den Landesregierungen suchen, fördern und an der Systematisierung und Verstetigung in den geeigneten Foren arbeiten. In bestehenden Foren im bundesdeutschen, europäischen und internationalen Kontext sollte Berlin das Thema China immer wieder auf die Tagesordnung bringen und proaktiv eigene Best-Practices und Erfahrungen aus dem Senat und den Bezirken mit anderen Ländern und Kommunen teilen. Berlin sollte explizit auf andere Bundesländer und Kommunen (auch im Ausland) zugehen, die an einer Professionalisierung ihrer Zusammenarbeit mit China arbeiten.
- 207
- 208
- 209
- 210
- Berlin sollte sich für die Einrichtung eines Kompetenzzentrums analog zum niederländischen „China Knowledge Network“ einsetzen, das die Kommunal- und Städteverwaltungen in ihren Beziehungen zu China unterstützt. Hier könnten man auch auf niederländische Partner\*innen zugehen und explizit den Austausch suchen.

## Begründung

### Quellen

- <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/handelspartner-jahr.html>
- <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2608578/810fdade376b1467f20bdb697b2acd58/china-strategie-data.pdf>

- [https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Industrie/industriepolitik-in-der-zeitenwende.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=16](https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Industrie/industriepolitik-in-der-zeitenwende.pdf?__blob=publicationFile&v=16)
- <https://www.tibet-initiative.de/briefing-chinas-terror-in-deutschland/destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/handelspartner-jahr.html>
- <https://china.ahk.de/de/marktinfo/investment-deutschland/berlin>
- <https://www.berlin.de/rbmskzl/politik/senatskanzlei/internationales/staedtepartnerschaften/staedtepartnerschaft-pekings-1377290.php>
- <https://meric.org/de/studie/stadt-land-fluss-im-blick-beijings-chinas-subnationale-diplomatie-deutschland>
- <https://www.tibet-initiative.de/briefing-chinas-terror-in-deutschland/>
- <https://www.stadt-koeln.de/politik-und-verwaltung/internationales/staedtepartnerschaften/pekings-beijing-china>
- <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=905549&type=do>
- <https://www.ft.com/content/0ebaa7c7-761d-445e-b3e4-f5d2c9b4768f>
- <https://www.handelsblatt.com/politik/international/coronavirus-untersuchung-einfuhrverbot-gegen-grosse-schlachthoefe-streit-zwischen-australien-und-china-eskaliert/25822834.html>
- <https://edition.cnn.com/2020/01/15/asia/prague-taiwan-china-intl-hnk-scli/index.html>

- <https://www.welt.de/politik/ausland/article247752576/Hongkong-Kolumne-Weiss-Deutschland-vom-Ausverkauf-seiner-Turbinen-Technik-an-Chinas-Militaer.html>
- <https://berlinoffice-china.com/>
- <https://www.berlin.de/sen/wirtschaft/europa-und-internationales/aussenwirtschaft/artikel.61967.php>
- <https://www.aspi.org.au/opinion/nexus-military-civil-fusion-and-technological-innovation-china>
- <https://www.fu-berlin.de/en/international/doctoral-students-postdocs/cscprogram/index.html>